



Protokoll

Sitzung	Vorberatende Kommission 33.23.05 «Kantonsratsbeschluss über den Sonderkredit zur Errichtung einer gemeinsamen ETH-Professur zu «Biosensing and Monitoring for Pre- and Rehabilitation» in St.Gallen»	Leandra Cozzio Geschäftsführerin Parlamentsdienste Regierungsgebäude 9001 St.Gallen T +41 58 229 49 33 leandra.cozzio@sg.ch
Termin	Mittwoch, 18. Oktober 2023 13.00 bis 16.20 Uhr	
Ort	9014 St.Gallen, Lerchenfeldstrasse 5, Empa, Auditorium C 3.11	

St.Gallen, 27. Oktober 2023

Kommissionspräsident
Andreas Broger-Altstätten

Teilnehmende

Kommissionsmitglieder

SVP	Walter Freund-Eichberg, Meisterlandwirt
SVP	Hedy Fürer-Rapperswil-Jona, Bäuerin
SVP	Karl Güntzel-St.Gallen, Rechtsanwalt
SVP	Sabina Revoli-Tübach, Ambulanzfahrerin
SVP	Christian Rüegg-Eschenbach, Landwirt
Die Mitte-EVP	Andreas Broger-Altstätten, Direktionsschadeninspektor HM Komplexschaden, <i>Kommissionspräsident</i>
Die Mitte-EVP	Sandro Hess-Rebstein, Schulleiter
Die Mitte-EVP	Franziska Steiner-Kaufmann-Gommiswald, Bäuerin, Schulleiterin
Die Mitte-EVP	Thomas Warzinek-Mels, Arzt
FDP	Jens Jäger-Vilters-Wangs, Primarlehrer
FDP	Christian Lippuner-Grabs, Unternehmer
FDP	Brigitte Pool-Uznach, Tierärztin
SP	Martin Sailer-Wildhaus-Alt St.Johann, Betreiber Kleintheater
SP	Susanne Schmid-St.Gallen, Mittelschullehrerin
GRÜNE	Tanja Zschokke-Rapperswil-Jona, Landschaftsarchitektin

Von Seiten des zuständigen Departementes

- Regierungsrat Beat Tinner, Vorsteher Volkswirtschaftsdepartement
- Karin Jung, Leiterin Amt für Wirtschaft und Arbeit, Volkswirtschaftsdepartement
- Samuel Möhle, Teamleiter Standortentwicklung und Tourismus, Volkswirtschaftsdepartement

Weitere Teilnehmende¹

- Prof. Dr. René Rossi, Co-Head of Department «Materials meet Life», Empa St.Gallen

¹ Nach Art. 52 Abs. 2 Satz 1 GeschKR bezeichnet die Kommission den Beizug von Sachverständigen und Interessenvertretern. Ist ein Mitglied der Kommission mit dem Vorschlag nicht einverstanden, meldet es dies nach Erhalt der Einladung der Kommissionspräsidentin oder dem Kommissionspräsidenten.

Geschäftsführung / Protokoll

- Leandra Cozzio, Geschäftsführerin, Parlamentsdienste
- Sandra Brühwiler-Stefanovic, Stv. Geschäftsführerin, Parlamentsdienste

Bemerkungen

- Die Kommissionsmitglieder finden die Sitzungsunterlagen in der Sitzungsapp².
- Erlasse sind in elektronischer Form der Gesetzessammlung des Kantons St.Gallen³ sowie der systematischen Rechtssammlung des Bundes⁴ zu entnehmen.

Traktanden

1	Begrüssung und Information	3
2	Einführung und Vorstellung der Vorlage	5
2.1	Fachreferat «Biosensing and Monitoring for Pre- and Rehabilitation»	5
2.2	Inhalt gemäss Botschaft	9
3	Allgemeine Diskussion	13
4	Spezialdiskussion	17
4.1	Beratung Botschaft	17
4.2	Beratung Beschluss	22
4.3	Aufträge	22
4.4	Rückkommen	22
5	Gesamtabstimmung	22
6	Abschluss der Sitzung	23
6.1	Bestimmung des Berichterstatters	23
6.2	Medienorientierung	23
6.3	Verschiedenes	23

² <https://sitzen.sg.ch/kr/committees/2>

³ <https://www.gesetzessammlung.sg.ch>

⁴ <https://www.admin.ch>

1 Begrüssung und Information

Broger-Altstätten, Präsident der vorberatenden Kommission, begrüsst die Mitglieder der vorberatenden Kommission und folgende Personen:

- Regierungsrat Beat Tinner, Vorsteher Volkswirtschaftsdepartement;
- Karin Jung, Leiterin Amt für Wirtschaft und Arbeit, Volkswirtschaftsdepartement;
- Samuel Mösele, Teamleiter Standortentwicklung und Tourismus, Volkswirtschaftsdepartement;
- Prof. Dr. René Rossi, Co-Head of Department «Materials meet Life», Empa St.Gallen;
- Leandra Cozzio, Geschäftsführerin, Parlamentsdienste;
- Sandra Brühwiler-Stefanovic, Stv. Geschäftsführerin, Parlamentsdienste.

Seit der Kommissionsbestellung in der Herbstsession nahm die Kantonsratspräsidentin eine Ersatzwahl in die vorberatende Kommission vor:

Christoph Gull-Flums anstelle von Christian Rüegg-Eschenbach.

Für die heutige Sitzung hat sich niemand entschuldigt. Kantonsrätin Steiner-Kaufmann-Gommiswald hat im Vorfeld der Sitzung angekündigt, dass sie rund 30 Minuten später erscheinen wird. Kantonsrätin Pool-Uznach wird in Kürze erscheinen. Ich stelle fest, dass die vorberatende Kommission beratungsfähig ist.

Wir behandeln Botschaft und Entwurf der Regierung zum «Kantonsratsbeschluss über den Sonderkredit zur Errichtung einer gemeinsamen ETH-Professur zu «Biosensing and Monitoring for Pre- and Rehabilitation» in St.Gallen» vom 15. August 2023. Der vorberatenden Kommission wurden nach der Zustellung der Einladung keine zusätzlichen Unterlagen verteilt bzw. zugestellt.

Ich weise darauf hin, dass die Beratung elektronisch aufgezeichnet wird, was der Geschäftsführung die Fertigstellung des Protokolls erleichtert. Deshalb bitte ich Sie, nur zu sprechen, wenn ich Ihnen mit Ihrem politischen Namen das Wort erteile. Die Geschäftsführung dankt für die Abgabe der Manuskripte insbesondere zur allgemeinen Diskussion. Für das Protokoll gilt das gesprochene Wort. Eine weitere Information, vor allem als Hinweis für die Mitglieder, die zum ersten Mal in einer vorberatenden Kommission mitwirken: Sowohl die Kommissionsberatungen nach Art. 59 des Geschäftsreglements des Kantonsrates (sGS 131.11; abgekürzt GeschKR) als auch das Kommissionsprotokoll nach Art. 67 GeschKR sind vertraulich. Erst mit der Rechtsgültigkeit rechtsetzender Erlasse, nach Ablauf der Referendumsfrist, entfällt die Vertraulichkeit.

Zu Beginn wird die vorberatende Kommission eine Einführung in das Thema «Biosensing and Monitoring for Pre- and Rehabilitation» durch Prof. Dr. René Rossi sowie eine Einführung in die Vorlage durch Regierungsrat Beat Tinner erhalten. Anschliessend führt die vorberatende Kommission eine allgemeine Diskussion anstelle einer Eintretensdiskussion. Darauf folgen die Spezialdiskussion sowie die Gesamtabstimmung. Prof. Dr. René Rossi verlässt die Sitzung vor Beginn der allgemeinen Diskussion. Fragen sind deshalb direkt im Anschluss an sein Referat zu stellen.

Der Kommissionspräsident schliesst die Einführung mit einigen administrativen Hinweisen.

Kommissionspräsident: Ich schlage der Kommission vor, dass René Rossi über die Traktanden 1 und 2 hinaus bleiben könnte, um weitere in der Spezialdiskussion auftretende Fragen zu beantworten. Wie steht die Delegation zu diesem Vorschlag?

Güntzel-St.Gallen: Es ist eine Überraschung gegenüber der Einladung. Es ist üblich, dass man es trennt. Was ist der Grund für diesen Vorschlag des Kommissionspräsidenten? Das ist nicht

gegen René Rossi gerichtet, aber weshalb gibt es hier eine andere Lösung als in anderen Fällen?

Kommissionspräsident: Ich habe die Frage gestellt, also muss ich auch auf Rückfragen vorbereitet sein. Die Begründung ist folgende: Es handelt sich um eine sehr spezifische, fachliche Botschaft. Ich habe in der Vorbereitung selbst festgestellt, dass auch im Rahmen der Spezialdiskussion Fragen auftreten könnten, bei denen ich davon ausgehe – ich will dem Volkswirtschaftsdepartement (VD) hier nicht zu nahe treten –, dass der Fachmann sie besser beantworten könnte – deshalb dieser Vorschlag. Wir werden selbstverständlich darüber abstimmen. René Rossi ist informiert, dass die Kommission das letzte Wort zu diesem Thema hat.

Schmid-St.Gallen: Wir könnten alle Fragen an René Rossi stellen, solange er da ist. Sobald er gegangen ist, könnten wir das Politische diskutieren.

Freund-Eichberg: Es geht mir um das Kommissionsgeheimnis, das wir sehr hochhalten. An der letzten Session wurden Aussagen getätigt, die nicht erlaubt gewesen wären. Wenn René Rossi uns verspricht, das Kommissionsgeheimnis einzuhalten, kann ich seiner Anwesenheit zustimmen, sonst nicht. Der Kommissionspräsident muss uns bestätigen, dass René Rossi das Kommissionsgeheimnis einhalten und keine Aussagen über unsere politischen Ansichten tätigen wird.

Warzinek-Mels (im Namen der Mitte-EVP-Delegation): Wir würden es begrüßen, wenn René Rossi weiterhin anwesend wäre. Das Geschäft hat neben der politischen Dimension auch sehr spezifische Aspekte, die den Inhalt von Forschung und Lehre betreffen. Es täte der Diskussion gut, wenn René Rossi anwesend wäre – natürlich unter Zusicherung der Einhaltung des Kommissionsgeheimnisses.

Jäger-Vilters-Wangs (im Namen der FDP-Delegation): Wir teilen die Meinung von Warzinek-Mels. Wir sind einverstanden mit der Anwesenheit von René Rossi.

Zschokke-Rapperswil-Jona (im Namen der GRÜNE-Delegation): Auch wir sind einverstanden, dass René Rossi weiterhin bleibt. René Rossi ist sicherlich klar, dass er das hier Diskutierte nicht nach aussen tragen darf.

Die vorberatende Kommission stimmt der Anwesenheit von René Rossi mit 10:3 Stimmen bei 2 Enthaltungen zu.

2 Einführung und Vorstellung der Vorlage

2.1 Fachreferat «Biosensing and Monitoring for Pre- and Rehabilitation»

René Rossi: Ausführungen gemäss Folien 1–11 (Beilage 2).

Fragen

Sailer-Wildhaus-Alt St.Johann: Für uns ist es etwas kompliziert – Revoli-Tübach als Rettungsfahrerin und Warzinek-Mels als Arzt einmal ausgenommen. Wir erhalten heute Morgen eine Präsentation auf Englisch und verstehen einen Grossteil davon nicht wirklich. Ich wäre froh, wenn man mir das nochmals in zwei bis drei Sätzen erklären könnte. Die Idee ist, dass man mit Patientinnen und Patientinnen und Patienten vorsorgliche Tests mit tragbaren Sensoren macht, wodurch man mögliche Krankheiten früher erkennen soll als bisher. Sind das Freiwillige oder wie werden diese Personen ausgesucht?

René Rossi: Die Früherkennung ist das eine, dort können vulnerable Populationen mit Sensoren ausgerüstet werden. In der Prähabilitation geht es darum, dass man den Gesundheitszustand der Patientinnen und Patienten sehr gut versteht, bevor man interveniert, also vor einer Operation oder Krebstherapie. Man weiss aus Studien, dass Patientinnen und Patienten weniger schmerzempfindlich sind und schneller genesen, wenn man in der Prähabilitation z.B. die Ernährung oder die Physiologie usw. optimiert.

Während einer Krebstherapie entwickeln zwischen 16 und 75 Prozent der Patientinnen und Patienten gewisse kognitive Störungen bzw. neurologische Probleme. Wenn man diese durch kontinuierliches Monitoring sehr eng begleitet, kann man kognitive bzw. neurologische Probleme relativ schnell erkennen. Ist ein Krebspatient geheilt, muss er in den ersten Monaten ebenfalls eng begleitet werden, denn es kann sein, dass sich neue Tumore bilden. Auch hier kann durch kontinuierliches Monitoring verschiedener Daten und einer engen Begleitung ein Rückfall früh erkannt werden.

Es ist kein Screening der ganzen Bevölkerung, da hätten wir ein Akzeptanzproblem. Wir möchten nicht alle die ganze Zeit mit Sensoren herumlaufen. Man weiss aus der Forschung, dass nur ungefähr 50 Prozent der Bevölkerung überhaupt solche Sensoren tragen wollen. Bei Risikopatientinnen und -patienten erhöht sich die Akzeptanz aber massiv.

Sailer-Wildhaus-Alt St.Johann: Man würde Risikopatientinnen und -patienten mit unterschiedlichen Krankheitsbildern suchen und sie fragen, ob sie mitmachen möchten?

René Rossi: Genau. In der Geriatrie haben wir z.B. die Gefahr einer Dehydrierung bei Hitzewellen. Durch ein Monitoring mittels eines Schweißsensors, der gewisse Proteine oder die Salzkonzentration im Schweiß misst, könnte eine solche frühzeitig erkannt werden. Es geht also v.a. um vulnerable Personen mit gewissen Krankheitsbildern, die man anfragen würde.

Güntzel-St.Gallen: Eine inhaltliche Frage: Ist es richtig, dass die Biosensorik kein neuer Bereich ist, hier aber eine neue Anwendung stattfinden soll?

René Rossi: Man kann nicht von neu oder nicht neu sprechen. Es gibt natürlich bereits gewisse Biosensoren. Wir können z.B. bereits Glukose oder Laktat analysieren. Die klinische Forschung entdeckt laufend neue Moleküle, die frühe Indikatoren sein können. Für diese möchten wir neue Sensoren entwickeln. Das Gebiet der Biosensorik ist kein neues, aber die Art der Moleküle oder Proteine, die man analysiert, entwickelt sich stets. Es gibt immer mehr Probleme mit antibiotikaresistenten Bakterien. Man findet immer wieder neue Bakterienstämme. Diese müssen wir frühzeitig detektieren können. In der Bakteriendetektion gibt es verschiedene Aktivitäten: Bakterien

produzieren z.B. Enzyme. Jeder neue Bakterienstamm produziert wieder neue spezifische Enzyme. Wenn man diese Enzyme versteht und einen Sensor entwickelt, der diese Enzyme analysiert, kann man diese Bakterien auch frühzeitig – z.B. in einer Wunde – erkennen.

Güntzel-St.Gallen: Sensor ist also nicht gleich Sensor – je nach Anwendung braucht es unterschiedliche Sensoren. Sie haben sich als neues Mitglied der Geschäftsleitung und der Direktion der Eidgenössischen Materialprüfungs- und Forschungsanstalt (Empa), Bereich Gesundheit, vorgestellt. Kommen Sie aus der Medizin oder verfügen Sie über einen technischen Hintergrund?

René Rossi: Ich komme ursprünglich aus der Physik und habe in der Physiologie doktriert, also in der Nähe der Medizin.

Schmid-St.Gallen zu den digitalen Zwillingen: Das gibt es offenbar schon. Das hört sich für mich absolut fantastisch an. Wie ist die Erfahrung damit und von wie vielen spricht man? Sind das Einzelne oder Tausende?

René Rossi: Das Forschungsgebiet der digitalen Zwillinge boomt aktuell. Man macht digitale Zwillinge von fast allem. Man kann z.B. Produktionsprozesse digitalisieren um zu verstehen, wo allenfalls Probleme in der Produktion bestehen könnten. Mit dem Switzerland Innovation Park Ost (SIP Ost) arbeiten wir zurzeit daran, die Produktionsanlagen zu digitalisieren bzw. einen digitalen Zwilling der Produktionsanlagen zu schaffen. Irgendwann werden wir von fast allem einen digitalen Zwilling haben. In der Medizin ist es zurzeit noch etwas anders. Die Modelle sind nur so gut wie die Daten, die wir haben, um diesen Zwilling zu entwickeln. Darum ist eine sehr enge Zusammenarbeit mit dem Spital und anderen Gesundheitsinstitutionen wichtig, damit wir an die richtigen Patientendaten kommen, um unsere Zwillinge mit präzisen Daten entwickeln zu können. Hierin liegt die grosse Komplexität. Auf Englisch sagt man: «garbage in, garbage out». Nimmt man falsche Daten, also «Mülldaten», dann ist das Modell auch nicht sehr präzise. Die Eidgenössische Technische Hochschule Zürich (ETH) ist zum Glück bereit, die Patientendaten mit dem Kantonsspital St.Gallen (KSSG) auszutauschen.

Zur Anzahl der Zwillinge: Das nimmt exponentiell zu. Die ersten Zwillinge sind vor rund fünf Jahren entstanden. Weltweit werden es immer mehr. Viele generieren aber eben keine plausiblen Resultate, weshalb die Validierung der Resultate so wichtig ist. Mit dem Standort St.Gallen haben wir die perfekte Lage, alle dafür wichtigen Akteurinnen und Akteure sind vor Ort. Auch hier beruht die Teilnahme auf Freiwilligkeit. Die Thematik der elektronischen Patientendossiers liegt beim KSSG. Die ETH sowie auch das KSSG haben jeweils eine eigene Ethikkommission. Diese muss jeden Versuch und jede Forschung bewilligen. In der Human- und Probandenforschung ist das sehr eng geregelt.

Zschokke-Rapperswil-Jona: Meine Frage zur Ethik wurde soeben beantwortet. Das ist sehr wichtig, da laufend weitere Patientinnen und Patienten dazukommen und es die Gesellschaft mehr und mehr betrifft.

Hess-Rebstein: Auch ich finde diese Richtung, die man im medizinischen Bereich mit dieser Technologie einschlägt, faszinierend. Im gleichen Zusammenhang eine hypothetische Frage: Ist bei dieser Menge an Daten der Datenschutz gewährleistet? Gerade bei den digitalen Zwillingen stelle ich mir das als grosse Herausforderung vor.

René Rossi: Ein Grossteil der für die Digitalisierung notwendigen Daten ist anonymisiert. Von den Menschen selbst braucht man nur gewisse Reaktionen oder Informationen zum Metabolismus. Man braucht nicht alle Daten.

Zur Datensicherheit: Das ist ein grosses Thema. Man überlegt zurzeit, ein eigenes ETH-Institut zu Datenwissenschaften/Datensicherheit aufzubauen. Die Schweiz und v.a. die ETH machen in

diesem Bereich sehr viel. Gerade im medizinischen Gesundheitssektor ist es sehr wichtig, dass man den Patientinnen und Patienten auch erklärt, was mit ihren Daten geschieht. Das ist eine Bedingung für die Bewilligung durch die Ethikkommission. Zurzeit führen wir eine Studie mit der Klinik Gais im Bereich Onkologie durch. Die Patientendaten sind anonymisiert. Auch in Publikationen wäre alles anonymisiert, damit keine Rückschlüsse möglich sind. Die Patientinnen und Patienten wissen aber, was mit ihren Daten geschieht.

Fürer-Rapperswil-Jona: Auch ich finde es interessant und bin überzeugt, dass jetzt die Zeit gekommen ist, um solche Forschungen durchzuführen. Warum gelangt die Empa an den Kanton als Geldgeber? Solche Forschungen sind sicher auch für Firmen interessant, die das fördern könnten.

René Rossi: Forschung wird immer aus verschiedenen Töpfen finanziert. Die Empa erhält als Bundesinstitution rund 50 Prozent ihres Budgets vom Bund, den Rest müssen die Fachabteilungen der Empa kompetitiv durch Projektbeiträge des Schweizerischen Nationalfonds (SNF) oder Innosuisse-Verträge mit der Industrie erwirtschaften. Die Forschung ist immer auf der Suche nach Mitteln, um schneller Resultate generieren zu können. Es gibt Studien der ETH, aber auch der Universität St.Gallen, die zeigen, dass jeder in die Forschung investierte Franken ungefähr zum Faktor 5 an die Gesellschaft bzw. die Industrie zurückgegeben wird. Braucht es den Kanton? Vielleicht ist das eine Frage, die der Kanton selbst beantworten müsste.

Schmid-St.Gallen: Das soll eine Titularprofessur werden?

René Rossi: Nein, eine Vollprofessur – das ist ein Unterschied. Titularprofessoren sind von der Empa als Professoren angestellt und erhalten den Honorartitel. Eine Vollprofessur ist im Curriculum integriert und bestimmt den ganzen Lehrgang mit.

Schmid-St.Gallen: Wie ist das Verhältnis zwischen Forschung und Lehre? Die Forschung bleibt in St.Gallen, die Lehre wird in erster Linie in Zürich gemacht.

René Rossi: Hier kommt es darauf an, ob es eine Juniorprofessur, eine Tenure-Professur oder eine Vollprofessur sein wird. Aufgrund der komplexen Konstellation tendieren wir derzeit zu einer Vollprofessur. Normalerweise muss ein Vollprofessor zwei Vorlesungen pro Semester halten, was rund vier bis sechs Stunden Lehre pro Woche einschliesslich Vorbereitungszeit bedeuten würde. Im Herbst- und Frühjahrssemester sind es 26 Wochen. Ein Vollprofessor wird bereits gewisse Personen und Lehrmittel mitbringen. Die Vorlesungen sind also zum Teil schon vorbereitet. Wir rechnen deshalb damit, dass ein grosser Teil der Arbeitszeit hier verbracht werden wird.

Zusätzlich zur Finanzierung durch den Kanton werden sich Empa und ETH den Restbetrag aufteilen. Die Professur soll auch eigene Projekte akquirieren. Wir sind in Diskussion mit Stiftungen, die auch gewisse Stellen mitfinanzieren könnten. Die Vollprofessur wird in etwa die typische Grösse einer Empa-Abteilung – also 15 bis 30 Personen – haben. Wenn die Professur erfolgreich ist, können auch Postdocs in der Lehre mithelfen, was der Professur wieder mehr Freiheit gibt, um sich an der Mittelakquise und der Forschung zu beteiligen.

Güntzel-St.Gallen: Wir sprechen jetzt von einer neuen Professur. Wird diese in eine bestehende Abteilung der ETH eingegliedert sein? Falls nicht, wie realistisch ist die Erreichung des Vorhabens mit nur einer Professur? Diese Frage müssen Sie nicht beantworten, aber sie wird sicherlich aufkommen.

René Rossi: Ich stehe in engem Kontakt mit zwei Kollegen vom ETH-Institut für Robotik und intelligente Systeme, welches ebenfalls in der Rehabilitationswissenschaft tätig ist. Sie würden diese Professur sowie das Themengebiet in ihr Institut aufnehmen. Es ist keine Inselprofessur,

aber eine neue Professur und ein neues Thema. Wenn ein Professor oder eine Professorin an der ETH pensioniert wird, bestimmt das Departement, welches neue Themengebiet vorgeschlagen wird. Wenn die Schulleitung dieses akzeptiert hat, kann das Departement die Stelle aus-schreiben. Sowohl das Thema als auch die Ausschreibung sind zu diesem Zeitpunkt noch breit gefasst. Auch wir haben von Biosensoren bis Molekularanalytik eine relativ breite Formulierung. Die genaue Ausrichtung hängt von den zur Verfügung stehenden Personen ab. Wir suchen weltweit nach Talenten. Die ETH befindet sich in den Top 10 des Rankings der weltweit besten Universitäten. Wir möchten hier eine Koryphäe finden, die diese Forschung auf Weltniveau füh-ren kann.

Lippuner-Grabs: Wie funktioniert der Wissenstransfer? Die Empa macht viel Grundlagenfor-schung. Wenn ein grösseres Unternehmen mit einem Entwicklungsanliegen kommt, stellt sich die Frage: Was macht die Empa von sich aus und was ist zahlungspflichtig? Bei den Start-ups haben Sie das Beispiel des Spin-offs «nahtlos» genannt – wer ist hier Eigentümer? Sind diese abgesprungen und haben sich selbstständig gemacht? Wir müssen uns vorstellen können, wel-chen volkswirtschaftlichen Nutzen wir langfristig daraus ziehen können und wie das funktioniert.

René Rossi: Wie gesagt, finanziert sich die Empa zu 50 Prozent über Bundesgelder und zu 50 Prozent kompetitiv. Diese 50 Prozent, die kompetitiv eingeholt werden, werden in 50 Pro-zent Grundlagenforschung, also SNF-Projekte, die wir bearbeiten, und 50 Prozent Innosuisse-Projekte aufgeteilt. Hinzu kommt die EU-Forschung, die ebenfalls sehr wichtig ist.

Zu Innosuisse: Die Empa hat ungefähr 1'000 Mitarbeitende und wir haben 1'000 bis 1'200 Ver-träge mit der Industrie. Es gibt Projekte, die direkt von der Industrie finanziert werden. Wir be-halten aber unser geistiges Eigentum. Wir patentieren mit dem Industriepartner oder mit einem Spin-Off und vergeben Exklusivlizenzen oder Nichtexklusivlizenzen. Wir möchten die Freiheit der Forschung erhalten – das ist ein wichtiger Hintergrund. Wir machen unsere Verträge mit der Industrie so, dass wir die Freiheit bei Publikationen besitzen. Als Forschungsinstitut sind wir verpflichtet, unsere Resultate der Gesellschaft zur Verfügung zu stellen. Unsere Resultate wer-den immer publiziert oder patentiert und gelangen über die Industrie zur Gesellschaft.

Freund-Eichberg: Wie messen Sie den Erfolg?

René Rossi: Es gibt verschiedene Indikatoren. Man kann z.B. betrachten, wie erfolgreich die Publikationen sind. Alle vier Jahre werden wir von internationalen Gremien evaluiert und es wird beurteilt, ob unsere Publikationen einen genügenden wissenschaftlichen Impact haben. Beim SIP Ost war es z.B. sehr wichtig aufzuzeigen, dass wir am Standort St.Gallen weltweit führende Forschung betreiben können. Hier werden wir von Peers evaluiert. Es gibt Skalen, wie das genannte Rating der ETH, gemäss diesen sind wir nach Stanford und Oxford die Nummer 3. Ebenfalls analysieren kann man die Anzahl Stellen, die z.B. durch die Gründung von Spin-offs neu geschaffen werden, die Anzahl der Projekte mit der Industrie, die zu neuen Produkten geführt haben usw. Auch in den bereits erwähnten Studien zu diesem Faktor 5 werden unter-schiedliche Indikatoren analysiert. Es ist aber schwierig, dies auf eine Professur zu beziehen. Wenn Sie in zehn Jahren nach unserem Erfolg fragen, müssen wir vielleicht etwas indirekt ant-worten. Das Monitoring fokussiert nicht auf einzelne Professuren. Wir wollen, dass hier eine neue Abteilung entsteht, die in die Forschung der Empa eingebettet wird. Unsere Arbeitsweise ist sehr interdisziplinär. Die Professur soll mit verschiedenen Abteilungen der Empa arbeiten und einen Beitrag in der biochemischen Analytik leisten, in der wir noch nicht so stark sind – das wollen wir mit dieser Professur massiv verbessern.

2.2 Inhalt gemäss Botschaft

Regierungsrat Tinner: Ausführungen gemäss Folien 1 – 13 (Beilage 3).

Fragen

Warzinek-Mels: Die Rolle der Universität St.Gallen scheint insgesamt etwas unklar. Sie haben es in den Ausführungen zur Präsentation erwähnt und auch auf S. 10 der Botschaft wird von einer möglichen Verzettelung der Professur gesprochen. Wie zeichnet sich die Rolle der HSG aktuell ab. Welche Rolle könnte sie haben? Inwiefern ist sie bis jetzt involviert?

Regierungsrat Tinner: Wie die übrigen Partner ist auch die Universität St.Gallen eng involviert. Bei der Universität hat sich jedoch gezeigt, dass sie aus personeller Sicht Prioritäten setzen muss und nicht als erste Priorität mit gleichem Tempo bei dieser Professur mitwirken kann. Zum fachlichen Teil kann René Rossi Ausführungen machen. Es ist ganz klar, dass die Universität ihren Beitrag leisten wird. Wir mussten irgendwann entscheiden, ob wir abwarten wollen, bis die Universität so weit ist, oder ob wir weiterarbeiten wollen. Wir haben uns dazu entschieden, weiterzumachen, im Wissen, dass sich die Universität zu einem späteren Zeitpunkt anschliessen könnte.

René Rossi: Es gibt bereits Partnerschaften zwischen der Universität St.Gallen und der ETH. Es gibt auch gemeinsame Professuren, z.B. diejenige von Prof. Dr. Elgar Fleisch. Der Bereich Biosensorik ist sehr technologisch, weshalb die Universität St.Gallen etwas weniger involviert ist. Die Professur von Prof. Dr. Tobias Kowatsch arbeitet zwar auch im Bereich der digitalen Gesundheit, jedoch auf einem etwas anderen Gebiet. Wir haben uns für den Anfang auf die Partnerschaften zwischen ETH, Empa und KSSG fokussiert. Die Konstellation aus drei Partnern wird gerade für Personen aus dem Ausland bereits eine gewisse Komplexität mit sich bringen. Die Türen stehen aber weiterhin offen, dass auch die Universität St.Gallen allenfalls im Bereich Lehre mitwirken könnte. Auch das KSSG prüft momentan mit der ETH, ob gewisse Professuren aufgebaut werden könnten.

Warzinek-Mels: Es mag ein Detail sein, aber ich möchte es dennoch erwähnen: Sie haben gesagt, die Oberassistentenarztsstelle am KSSG koste Fr. 70'000.-, die Hälfte davon werde durch das KSSG getragen. Wer übernimmt die restlichen Personalkosten? Hat man sich Gedanken gemacht, dass man aufgrund der aktuellen Situation der Spitalverbunde Mehrkosten vermeiden sollte? Ich weiss, dass es nur ein winziger Kostenpunkt ist. Die Situation ist aber zurzeit etwas ungünstig: Man will hunderte von Stellen abbauen und hier aber eine neue Stelle schaffen.

Güntzel-St.Gallen: Für mich wären dies Fragen, die wir in der Spezialdiskussion behandeln sollten. Ich hätte ebenfalls diverse Fragen. Soll ich diese jetzt stellen oder in der Spezialdiskussion?

Kommissionspräsident: Da wir entschieden haben, dass René Rossi auch in der Spezialdiskussion anwesend sein wird, sehe ich keinen Grund, weshalb wir diese Fragen nicht jetzt diskutieren sollten. Ich werde intervenieren, wenn es zu sehr auf die Botschaft bezogen ist. Solange sich die Fragen auf die Präsentation beziehen, können diese gestellt werden. Wenn es rein inhaltliche Textfragen sind, finde ich es richtig, wenn wir diese in der Spezialdiskussion diskutieren.

Regierungsrat Tinner: Zur personellen Situation am KSSG kann ich mich nicht äussern. Das ist letztlich ein Entscheid des Verwaltungsrates der Spitalverbunde. Wir müssen aber aufpassen, dass wir nicht die Entwicklung des gesamten Kantons St.Gallen am KSSG festmachen. Uns ist bekannt, dass das KSSG, als eines der grössten nichtuniversitären Spitäler über eine der grössten Forschungsabteilungen verfügt. In der breiten Bevölkerung ist man sich dessen nicht

so bewusst. Wir stützen uns auf diese Zusicherung der hälftigen Finanzierung dieser Forschungsstelle, auch wenn am KSSG zukünftig gewisse Umstrukturierungen anstehen.

René Rossi: Die andere Hälfte wird über das Budget der Professur finanziert. Wir haben das KSSG angefragt, ob sie sich beteiligen könnten. Uns ist extrem wichtig, dass die Anwendung am KSSG nicht nur ideell vorgesehen ist, sondern dass der Zugang zu diesen Patientendaten über eine Stelle auch wirklich gegeben ist.

Warzinek-Mels: Die Schaffung dieser Oberarztstelle ist also ein Verwaltungsratsbeschluss?

Regierungsrat Tinner: In einer Diskussion hat das Gesundheitsdepartement bzw. Regierungsrat Damann zumindest in Aussicht gestellt, dass man diese Kosten sogar über die gemeinwirtschaftlichen Leistungen abdecken könnte. Das KSSG muss also kein Pflegepersonal entlassen, um diese Forschungsstelle zu finanzieren. Wir sind uns bewusst, dass wir dem KSSG nicht per se Kosten aufladen können. Entscheidend ist aber, dass man hier partnerschaftlich handeln möchte – es soll nicht nur einer bezahlen und die anderen reden mit. Die Universität St.Gallen hat z.B. klargemacht, dass sie zusätzliche Ausgaben nur tätigen können, wenn ihr Leistungsauftrag erweitert wird. Wir haben das zur Kenntnis genommen und gehen davon aus, dass der Leistungsauftrag im Zeitraum 2027 bis 2030 angepasst werden wird.

Sailer-Wildhaus-Alt St.Johann zu Folie 9: Die jährlichen Ausgaben für die Professur sind mit 850'000 bis 1,25 Mio. Franken angegeben. Auf Folie 7 steht, dass es eine Professorin bzw. einen Professor, zwei bis drei (Post-)Doktorandinnen bzw. Doktoranden plus wissenschaftliche Mitarbeitende geben wird. Am Schluss sind es 10 bis 15 hochkarätige Fachkräfte. Diese 10 bis 15 Personen wollen Sie mit 1,25 Mio. Franken finanzieren oder ist das nur für die Professorenstelle gedacht? Das geht für mich nicht auf. Wenn man diese Summe durch 15 teilt, ist das kein besonders hochkarätiger Lohn.

René Rossi: Es gibt subsidiäre Finanzierungsmöglichkeiten. Wir erwarten von der Professur, dass sie SNF-Anträge stellt usw. Das Budget der Professur wird sich schlussendlich voraussichtlich auf 2 bis 2,5 Mio. Franken belaufen. Die Professur kann dann entscheiden, ob sie Postdocs oder Doktoranden anstellen möchte. Ein ETH-Doktorand kostet zwischen 50'000 und 60'000 Franken im Jahr, ein Postdoc ungefähr 85'000 Franken.

Sailer-Wildhaus-Alt St.Johann: Was verdient eine Professorin bzw. Professor?

René Rossi: Ein Assistenzprofessor verdient ungefähr 180'000 Franken, ein Vollprofessor bis zu 250'000 Franken.

Sailer-Wildhaus-Alt St. Johann: Eine weltbekannte Koryphäe erhält man für 250'000 Franken?

René Rossi: Ja. Mit unseren Löhnen sind wir gut aufgestellt. Es kommen auch Professoren von Yale oder Stanford zu uns.

Freund-Eichberg: Eine Verständnisfrage: Warzinek-Mels sprach von diesen Fr. 70'000.– und René Rossi vom Konzept der Professur, welches vorsieht, dass sich das KSSG mit einer halben Stelle beteiligt. Das ist das Gleiche? Was ist mit den restlichen 50 Prozent?

Regierungsrat Tinner: Ja, das ist die Oberassistentenstelle. Das war die Frage von Warzinek-Mels, wer den anderen Teil finanziert. René Rossi hat es ausgeführt: Das wird über die Empa finanziert, also sozusagen über das Umfeld dieser Professur. Zur Präzisierung habe ich gesagt, dass diese Ausgaben des KSSG von Fr. 70'000.– über die gemeinwirtschaftlichen Leistungen abgegolten werden können.

Hess-Rebstein zur Folie 7: Die Folie zeigt, wie die Innovation anschliessend in der Praxis umgesetzt werden soll. Unabhängig von diesem Geschäft: Wer entscheidet am Schluss in einem Spital – in diesem Fall im KSSG – welche Technologien angewendet werden? Oder sind diese verpflichtet, alle Innovationen anzuwenden?

René Rossi: Die Forschung ist völlig frei. Diese Partnerschaften sind auf freiwilliger Basis, es wird niemand verpflichtet, etwas zu tun. Ein regelmässiger Austausch ist deshalb sehr wichtig. Wir haben die gegenseitige Chance, dass wir uns sehr nahe stehen. Der Austausch, den wir mit dem KSSG haben, ist einmalig. Wir haben einen direkten Zugang zu den Chefarzten. Das ist eine riesige Chance, weil wir sie von unseren Technologien überzeugen und so einen Mehrwert generieren können. Am Standort Zürich ist das nicht möglich. Am Standort St.Gallen können wir schnell umsetzen, was an anderen, grösseren Standorten wesentlich schwieriger ist.

Hess-Rebstein zur Präzisierung: Wenn an der Empa eine Innovation erforscht wird, die man in die Praxis bringen will bzw. zunächst vielleicht auch testen muss – entscheidet das ein Chefarzt oder eine Gruppe? Können sie eine Innovation auch grundsätzlich ablehnen, aus welchen Gründen auch immer? Wir kennen alle diese Geschichten: Einfluss der Pharmaindustrie usw. Wie kann man ausschliessen, dass hier aus anderen Gründen eine gute Innovation vielleicht nicht angewendet wird?

René Rossi: Ausschliessen kann man es nicht wirklich. Auf der einen Seite können wir es natürlich direkt mit einem Chefarzt umsetzen. Wenn der Chefarzt überzeugt ist, dann wird er auch Mittel einsetzen und Personal einstellen bzw. dieses zur Verfügung stellen. Es kann auch sein, dass ein Antrag an die Forschungskommission gestellt wird und diese die Forschung finanziert – es gibt darauf keine direkte Antwort. Der persönliche Kontakt ist hier wichtig, um diese Person schlussendlich davon zu überzeugen, dass diese Forschung gut ist. Bei der Umsetzung verhält es sich ähnlich. Bei sehr guten Ideen versucht man, einen Industriepartner zu motivieren, diese umzusetzen. Wenn wir niemanden finden, gründen wir ein Start-up. Auch das muss finanziert sein, entweder über den ETH Pioneer Fellowship oder den Entrepreneur Fellowship der Empa. Man versucht es immer mit verschiedenen Töpfen. Der Kampf um die Ressourcen ist auch in der Forschung omnipräsent.

Hess-Rebstein: Kann man ausschliessen, dass diese Innovationen plötzlich nicht am KSSG zum Einsatz kommen, sondern an einem anderen Ort?

René Rossi: Das ist die Frage des geistigen Eigentums. Wir haben eine Rechtsabteilung, die sich um solche Fragen kümmert. Wir arbeiten mit Verträgen basierend auf Vertraulichkeit. Auch diese Projekte mit dem KSSG sind alle vertraulich.

Regierungsrat Tinner: Wir müssen aufpassen, dass wir hier nicht in falsche Überlegungen abrutschen. Ich habe schon seit längerer Zeit den Eindruck, dass man das Gefühl hat, man würde hier einfach etwas vor sich hin basteln. Eigentlich geht es darum, dass wir diese Kompetenzen und Fähigkeiten, die wir in der Forschung ausweisen, gleichzeitig mit der Lehre und der Praxis verknüpfen wollen, sodass wir sie letztlich in ein Produkt überführen können. Wir wollen nicht einfach aus Selbstzweck irgendetwas entwickeln. Wenn das Ergebnis marktfähig ist, hoffe ich sehr, dass es nicht nur am KSSG, sondern auch an anderen Orten in der Medizin eingesetzt werden kann. Als Hinweis: Als ich im Jahr 2020 in die Regierung gewählt wurde, hat mich der damalige Leiter der Empa, Gian-Luca Bona, eingeladen, René Rossi war auch dabei. Sie haben mir aufgezeigt, was sie an der Empa machen. In der Zwischenzeit war ich einige Male hier, weil ich davon überzeugt bin, dass im Kanton St.Gallen herausragende, einzigartige Voraussetzungen vorliegen, um uns in einem Gebiet zu positionieren. Diese Chance – davon bin ich politisch überzeugt – müssen wir nutzen. Ich habe grosses Verständnis dafür, dass man sich jetzt

schon überlegt, was das Endergebnis sein könnte. Wenn wir das aber so genau wüssten, wären René Rossi und ich bereits an der Vermarktung des Produkts. Wir würden dann wohl weder als Professor noch als Regierungsrat arbeiten, weil wir wahrscheinlich das Dreifache verdienen könnten.

Wir können jetzt die Grundlagen schaffen. Wir haben eine grosse Chance an diesem Standort mit diesen herausragenden Infrastrukturen und den guten Leuten. Ich bin überzeugt, dass es schlussendlich davon abhängt. Ich bin von den Möglichkeiten von René Rossi und seinen Leuten, die hier arbeiten, aber auch den Leuten aus dem Umfeld der Empa überzeugt. Hier befinden sich viele gute, findige Köpfe, die auch etwas weiterentwickeln können. Das wird nicht der Politiker machen können. Ich masse mir nie an, hier Vorgaben machen zu können, wie man etwas machen müsse. Das müssen die Leute tun, die sich tagtäglich im Austausch befinden. Und vielleicht gibt es da gewisse Zufälligkeiten, das schliesse ich nicht aus. Aber – wie zu Beginn auch zu Recht gefragt wurde – läuft alles in Zusammenarbeit mit den jeweiligen Ethikkommissionen in geordneten Bahnen ab.

Die Regierung war von Anfang an von dieser Vorlage überzeugt, und dass wir damit eine gute Grundlage schaffen können. Jetzt geht es darum, diese tief hängenden Früchte auch zu pflücken. Wenn Sie meinen, es sei mit zu viel Risiko behaftet, müssen wir es lassen. Dann müssen wir die Konsequenz daraus tragen, dass der Standort St.Gallen nicht mehr so bedeutungsvoll sein wird. Der Kanton Bern investiert z.B. sehr viel Geld in die Standortsicherung des Standorts Thun. Die genaue Zahl kenne ich nicht, aber es sind rund 2 Mio. Franken – Irrtum vorbehalten. Das wollten wir bewusst nicht. Die Regierung will Innovation und dafür will sie einen Beitrag leisten. Ich bin überzeugt, dass die halbe Million Franken, die wir hier jährlich zur Verfügung stellen, ein bescheidener Beitrag für diese Chance ist, die wir uns damit ermöglichen. Gerade auch der Aufbau eines Teams, bestehend aus 20 bis 30 Personen, was immerhin ein Siebtel des Personalbestands der Empa ausmacht. Mit 250 Personen an diesem Standort hat die Empa in St.Gallen eine unterkritische Grösse. Wir müssen sicherstellen, dass dieser Standort erhalten bleibt – das schaffen wir mit dieser Professur.

Hess-Rebstein: Ich bin absolut einverstanden. Mir geht es darum, dass diese Investitionen, die wir zu Recht tätigen, und die guten Innovationen, die daraus entstehen, auch wirklich genutzt werden. Es soll nicht irgendwelche Hindernisse geben, die eine Nutzung verhindern könnten.

Rüegg-Eschenbach: René Rossi hat ausgeführt, dass die Zusammenarbeit mit dem Universitätsspital Zürich noch nicht so gut funktioniere. Dennoch: Besteht hier die Gefahr eines Machtkampfs? Ich finde es toll, dass wir es in St.Gallen machen. Zürich als ETH-Standort wird wohl bald folgen und Bern arbeitet bereits daran. Sind wir denn die ersten, die auf diesem Gebiet forschen, oder gibt es das bereits in der Schweiz? Ist es für den Kanton St.Gallen ein Vorteil, hier vorwärts zu machen und zu investieren?

René Rossi: Jede Professur an der ETH ist in ihrem Gebiet weltweit führend. Wenn man eine neue Person einstellt, bringt diese ihr Fachgebiet mit. Bei einer Vollprofessur handelt es sich um Personen, die bereits weltweite Bekanntheit in diesem Gebiet erlangt haben. Sie bringen ihre Themenbereiche und Reputation mit. Wir müssen deshalb Rahmenbedingungen schaffen, die interessant für diese Personen sind. Die Zusammenarbeit mit dem KSSG und die daraus entstehenden Anwendungsmöglichkeiten werden dazu sicherlich beitragen.

Fürer-Rapperswil-Jona: Eine Verständnisfrage: Wir stellen hier einen Professor an, der forscht. Gehen wir davon aus, er macht seine Sache gut und erfindet etwas Nützliches, welche Garantie haben wir, dass er danach weiterhin im Kanton St.Gallen bleibt und nicht nach China auswandert? Das Gleiche gilt für die Angestellten. Wie kann man gewährleisten, dass das Wissen hierbleibt?

René Rossi: Das betrifft wieder die Rahmenbedingungen. Schlussendlich kennt die Forschung keine Grenzen. Wir müssen die besten Rahmenbedingungen schaffen, damit wir auch die besten Köpfe in die Schweiz holen können. Wir haben keine Garantie, dass diese Leute später keine Stelle in China antreten. Die Schweiz hat aber einen sehr guten Standortvorteil. Wir haben zurzeit keinen grossen Braindrain nach China. Mit unseren Bedingungen, auch was die Freiheit der Forschung anbelangt, liegen wir an der Spitze. Diese Position müssen wir beibehalten. Wir haben das vor ein paar Jahren mit den schlechten Rahmenbedingungen in den USA gesehen, als viele Professoren nach Europa kamen. Die Forschung kennt keine Grenzen, deshalb müssen wir die besten Rahmenbedingungen schaffen.

Regierungsrat Tinner zu Folie 11 der Präsentation von René Rossi (Beilage 2): Man sieht hier, wo die Personen schlussendlich arbeiten. Ein erheblicher Teil bleibt in der Schweiz. Die hier genannten Unternehmen sind auch ein Beweis dafür, dass wir attraktive Stellen haben. Ich bin überzeugt, dass die Schweiz ein attraktiver Arbeitsort ist. Wir müssen die Rahmenbedingungen schaffen und sicherstellen. In Umfragen der Volkswirtschaftsdirektorenkonferenz sieht man, dass in der Schweiz ein gewisses Risiko eines schleichenden Abgangs gewisser Kompetenzen besteht. Das zeigt sich nicht heute oder morgen, aber in 10 oder 20 Jahren. Darum ist es entscheidend, dass wir diese Rahmenbedingungen schaffen. Als Volkswirtschaftsdirektor ist es mir sehr wichtig, dass wir in den Bereichen Forschung und Lehre, aber natürlich auch im Bereich Wissens- und Technologietransfer so attraktive Rahmenbedingungen schaffen, dass wir Personen davon überzeugen können, hier zu arbeiten, auch wenn der Lohn nicht der höchste sein mag. Man muss sich bewusst sein, dass die Löhne in der Wissenschaft begrenzt sind. Darum sind die anderweitigen Rahmenbedingungen umso wichtiger. Die Leute bleiben, wenn sie eine gute Ausgangslage haben. Möglicherweise gehen sie auch einmal ins Ausland, kommen aber vielfach wieder zurück. Die Regierung analysiert zurzeit den Braindrain aus St.Gallen, also wohin Personen gehen, die an der Universität St.Gallen studiert haben und ob sie wieder zurückkehren. Wir können aber noch so viele Studien machen, am Ende müssen wir daraus auch Erkenntnisse ziehen und mögliche Lösungen umsetzen. Dieses Projekt ist eine solche Umsetzung und ich werde versuchen, Sie davon zu überzeugen, diese halbe Million Franken zu sprechen.

3 Allgemeine Diskussion

Die Mitte-EVP-Delegation

Warzinek-Mels (im Namen der Mitte-EVP-Delegation): Auf die Vorlage ist einzutreten.

Diese Vorlage ist aus unserer Sicht sehr gut und notwendig. Am Anfang dieser Vorlage stand das Postulat 43.19.17 «Vision SG 2030: vom Nehmer- zum Geberkanton» sowie die Schwerpunktplanung der Regierung 2021 bis 2031. Innovationskraft erhöhen – das ist der zentrale Gedanke, der uns leiten sollte. Natürlich haben wir uns im Rahmen der Präsentation – auch das ist wichtig – mit inhaltlichen Fragen zur Professur beschäftigt. Ich fand es sehr spannend, diesen Inhalt ein Stück weit besser zu verstehen. Aber eigentlich ist es nicht unsere Aufgabe, das Vorhaben inhaltlich zu kommentieren. Wir dürfen hier grosses Vertrauen in den Werdegang dieser Professur sowie in die Empa und die ETH haben.

Der politische Aspekt dieser Vorlage zeigt sich in der Vernetzung von ganz wichtigen Akteurinnen und Akteuren in unserem Kanton und der Ostschweiz: Der Empa, der Universität St.Gallen, dem KSSG und der ETH. Auch auf die Standortsicherung der Empa müssen wir den Fokus legen. Wir begrüßen es, dass durch dieses Geschäft das Forschungsumfeld in der Ostschweiz gestärkt werden soll und wir mit dieser Professur ein Milieu schaffen, in dem in Zusammenarbeit mit hier ansässigen, sehr guten Akteurinnen und Akteuren Technologien entwickelt werden.

Wir sehen in diesem Rahmen den finanziellen Beitrag des Kantons als sehr gerechtfertigt an. Dazu kommt, dass Lehre und Forschung durchaus auch öffentliche Aufgaben darstellen. Wir

können das Geschäft in seiner Gesamtheit sehr gut unterstützen. In der Spezialdiskussion werden wir noch zwei eher technische Fragen stellen.

SP-Delegation

Sailer-Wildhaus-Alt St. Johann (im Namen der SP-Delegation): Auf die Vorlage ist einzutreten. Eigentlich könnte ich mein Eintretensvotum weglassen und stattdessen auf das flammende Votum von Regierungsrat Tinner verweisen – er hat es eigentlich sehr schön zusammengefasst. Wenn es gut läuft, können wir mit diesen Fr. 500'000.– jährlich etwas sehr Interessantes anstossen. Wenn die Empa, das KSSG, die Universität St.Gallen und der Kanton in Zusammenarbeit mit der ETH zur Intensivierung der Innovations- und Forschungstätigkeiten am Standort St.Gallen eine Professur schaffen, ist das sicher spannend und zukunftsgerichtet und es hat das Potenzial, unseren Innovationsstandort St.Gallen weiter zu stärken.

Für uns wäre es wünschenswert, dass in Zukunft auch in St.Gallen Lehrveranstaltungen stattfinden. Bis jetzt steht auf S. 2 der Botschaft nur, dass es diese in St.Gallen allenfalls geben könne. Wir hoffen natürlich, dass die Professur eines Tages auch an der Universität unterrichtet. Eine Bedingung ist das jedoch nicht.

Der nächste Punkt, den ich erwähnen wollte, wurde durch die zwei Präsentationen etwas relativiert. Wir wissen nun etwas besser, wofür diese Fr. 500'000.– jährlich gedacht sind und wie viele Leute angestellt werden sollen.

Der Lehrstuhl fügt sich gut in bereits getroffene Massnahmen zur Stärkung der Ressourcenkraft des Kantons St.Gallen und zum Joint Medical Master der Universität St.Gallen ein. In der Botschaft wird sehr gut aufgezeigt, welche Räder ineinandergreifen und wo die neue, innovative Professur angesiedelt werden kann. Wir sind gespannt, wie sich die Ausstrahlung der Forschungsgruppe gegen aussen tatsächlich entwickelt und ob sich das Vorhaben somit auch langfristig für den Kanton lohnt. Das kann man jetzt zwar noch nicht sagen, aber wir sind sehr zuversichtlich.

Als Anmerkung: Für uns wäre es wichtig, dass diese Professorin oder der Professor, die gemäss René Rossi ihre Labortätigkeiten grossmehrheitlich am Standort St.Gallen verrichten wird, auch wirklich eine Wohnsitzpflicht in unserem Kanton hat. Auch das ist keine Bedingung, aber vielleicht kann sich noch jemand dazu äussern. Wir würden ausserdem eine deutschsprachige Person bevorzugen, da sich diese schneller in den verschiedenen Gremien vernetzen und sich schneller in die St.Galler Gesellschaft integrieren kann.

Im Grundsatz soll die Professur neue diagnostische Methoden sowie prognostische Modelle mithilfe von Biosensoren entwickeln und diese im Rahmen von klinischen Tests an Patientinnen und Patienten validieren. Es heisst auf S. 7 der Botschaft aber auch, dass sich die Ausrichtung noch ändern könnte, je nachdem, wer eingestellt wird. Wir sehen hier eine gewisse Unsicherheit. Alles in allem sind wir mit dieser fortschrittlichen Vorlage aber sehr zufrieden.

FDP-Delegation

Jäger-Vilters-Wangs (im Namen der FDP-Delegation): Auf die Vorlage ist einzutreten.

Diese Professur ist von grosser Bedeutung für unsere Region und bietet zahlreiche Vorteile. Ich möchte auf vier wichtige positive Aspekte eingehen:

1. Förderung der medizinischen Forschung: Die geplante ETH-Professur ermöglicht es Forschern innovative Ansätze für das Biosensing und Monitoring in der Prä- und Rehabilitation zu erforschen. Dies trägt zur Weiterentwicklung der medizinischen Wissenschaft bei und kann auch dazu beitragen, dass Behandlungsmethoden und Rehabilitationsprogramme verbessert werden.
2. Stärkung der Zusammenarbeit zwischen der ETH und regionalen Akteuren: Eine gemeinsame Professur zwischen der ETH und regionalen Einrichtungen in St.Gallen schafft eine enge Zusammenarbeit und ermöglicht den Austausch von Know-How und Ressourcen. Dies kann zu synergetischen Effekten führen und die Qualität der Forschung erhöhen. Dies wurde auch schon vor einigen Jahren deutlich gemacht, als die Industrie- und Handelskammer St.Gallen-Appenzell (IHK) ein ähnliches Projekt am Standort Wil West plante.

St.Gallen bietet einen idealen Standort mit vielen Akteurinnen und Akteuren nah beieinander.

3. Wirtschaftliche Vorteile für die Region: Durch die Förderung von Spitzenforschung und Innovation wird die Attraktivität der Region St.Gallen für Unternehmen, Investoren und Fachkräfte erhöht. Dies bedeutet eine Stärkung des Wirtschaftsstandorts und kann zu positiven wirtschaftlichen Effekten führen.
4. Verbesserung der medizinischen Versorgung: Die Forschungsergebnisse aus der gemeinsamen Professur können dazu beitragen, die medizinische Versorgung in St.Gallen und darüber hinaus zu verbessern. Dies könnte neue Technologien und Ansätze zur Früherkennung, Prävention und Rehabilitation von Krankheiten mit sich bringen, was letztendlich zu einer besseren Gesundheit und Lebensqualität für die Bevölkerung führt.

Wir sind uns bewusst, dass diese Professur mit den vier Themenbereichen Medizinalforschung, Innovation, Wirtschaft und Vernetzung sehr anspruchsvoll sein wird. Aber gerade deshalb gewinnt sie entsprechend an Bedeutung. Eine Bedeutung, mit der wir für St.Gallen – aber auch für die ganze Schweiz – in internationalen Fachkreisen mitwirken können und – davon sind wir überzeugt – auch gefragt sein werden. Aufgrund dieser positiven Aspekte können wir die Bedeutung des vorgeschlagenen Kantonsratsbeschlusses zur Errichtung einer gemeinsamen ETH Professur zu «Biosensing and Monitoring for Pre- and Rehabilitation» in St.Gallen nicht genug betonen.

GRÜNE-Delegation

Zschokke-Rapperswil-Jona (im Namen der GRÜNE-Delegation): Auf die Vorlage ist einzutreten.

Auch im medizinischen und diagnostischen Bereich schreitet die digitale Transformation voran und die Vernetzung der Institutionen wird immer wichtiger. Mit der Etablierung der gemeinsamen ETH-Professur könnte es gelingen, dass wir im Kanton St.Gallen den technischen Anschluss an die Brennpunkte Zürich mit der ETH, Lausanne mit der École Polytechnique Fédérale de Lausanne (EPFL) und Basel mit der Pharmaindustrie nicht verlieren. Dass damit der Kanton als Innovations- und Forschungsstandort sowohl national als auch international gestärkt werden könnte, wird positiv gewertet. Für die Etablierung der ETH-Professur bietet sich der Standort St.Gallen mit der Empa, dem KSSG und der Universität St. Gallen geradezu an. Die Professur könnte dereinst in der Tat auch zum Inkubator für weitere Start-Ups in den Anwendungsfeldern der diagnostischen und prognostischen Medizin werden oder entsprechende Industriepartner auf den Platz rufen. Ob damit ein signifikanter Ausbau neuer Arbeitsplätze in zukunftssträchtigen Branchen geschaffen werden kann und so dem Mangel an Fachkräften sowie der Abwanderung hochqualifizierter Arbeitskräfte entgegengewirkt werden kann, muss sich noch erweisen. Zudem stellt sich für mich die Frage, inwiefern nebst der Bodenseeregion auch die anderen Regionen rund um St.Gallen profitieren können. Dazu müsste dem SIP Ost eine tragende Rolle eingeräumt werden, damit die OST – Ostschweizer Fachhochschule mit ihren spezialisierten Instituten ebenfalls eingebunden werden kann. Alles in allem begrüßen wir die Absicht, die Ostschweiz mittels der gemeinsamen ETH-Professur sowohl wissenschaftlich als auch wirtschaftlich zu stärken.

SVP-Delegation

Güntzel-St.Gallen (im Namen der SVP-Delegation): Auf die Vorlage ist einzutreten.

Es ist eine riesige Chance, die auf uns wartet, wenn es dann so kommt, wie wir es heute gehört haben. Ich gehe davon aus, dass jetzt schon weltbekannte Forscher darauf warten, sich hier bewerben zu können.

Es bestehen aber auch sehr viele Fragezeichen bzw. gewisse negative Aspekte. Das ist interessant, denn Regierungsrat Tinner – er ist ein sehr guter Verkäufer – nennt in seiner Argumentation nur Positives. Ich begrüße es, diesen Versuch zu machen. St.Gallen aber schon jetzt als

neuen Hotspot der Verbindung der Gesundheitsforschung mit anderen Bereichen zu bezeichnen, finde ich sehr mutig, wenn nicht übermütig. Probieren dürfen und müssen wir es. Der Betrag als solches ist Geld, aber dieser Versuch ist es wert.

Dennoch gibt es gewisse Fragen. Eine ganz spezielle Frage: Als ehemaliger Universitätsrat hat mich eine Aussage von Regierungsrat Tinner etwas aufgeschreckt, wobei ich seitens Universitätsrat zurzeit keine Informationen dazu habe. Er sagte, die Universität St.Gallen sei noch nicht bereit, aber man habe jetzt entschieden, es doch zu machen. Ich komme jetzt auf ein paar kritische Elemente zu sprechen, wobei es nicht darum geht, was wir wollen, sondern was unsere Rahmenbedingungen sind: Wir haben noch keine erste Auswertung, ob der Medical-Master nur annähernd das leistet, wofür er eigentlich eingerichtet wurde. Ein Medical-Master gehört nicht nach St.Gallen, wenn dadurch nicht mehr Hausärzte im Kanton bzw. in der Region bleiben. Wir wissen noch nicht, ob das funktioniert. Die ersten werden ihr Studium in Kürze abschliessen. In zwei bis drei Jahren sieht man vielleicht, was es gebracht hat.

In umgekehrter Weise haben wir an der vergangenen Herbstsession das Universitätsgesetz in zweiter Lesung behandelt und verabschiedet. Ich unterstütze das Anliegen der SP-Fraktion und gewisser anderer Kreise, die sich eine Volluniversität wünschen, nicht. Je mehr wir jedoch solche Einzelpunkte dazu nehmen – das mag meine persönliche Beurteilung sein –, desto mehr gefährden wir die Universität St.Gallen als Wirtschaftsuniversität mit internationaler Ausstrahlung. Wenn Sie mir sagen, dass die Universität St.Gallen geschlossen hinter diesem Projekt steht, nehme ich das zur Kenntnis. Ich weiss aber auch, dass es andere Meinungen gibt. Ich bitte deshalb darum, dass wir uns in Zukunft auch überlegen, wo die Schnittstellen sein sollen, damit der Universität St.Gallen nicht immer weitere Bereiche angehängt werden. Wenn sie in gewissen Lehrveranstaltungen mitmacht, ist das sicher eine gute Sache. Es ist hier aber durchaus Vorsicht geboten, wenn das dann wirklich so laufen sollte, wie geplant. Wir haben logischerweise noch keine Ausschreibung, da es noch nicht bewilligt ist. Dass aber der neue Universitätsratspräsident gesucht wurde, bevor das Gesetz verabschiedet wurde, zeigt, dass man nicht in allen Punkten gleich vorsichtig vorgeht. Deshalb fragen wir uns auch, ob die Chancen tatsächlich so überzeugend sind bzw. wann wir das erfahren werden.

In den Präsentationen wurde ausgeführt, dass wir bereits viele Strukturen und Organisationen haben. Nun kommt noch eine Professur dazu mit 10 bis 15 bzw. bis zu 30 Mitarbeitenden bei einer grossen Professur. Wir haben uns in der Vorbereitung auch gefragt, ob eine einzelne Professur wirklich eine solche Signalwirkung haben kann. Evtl. braucht es dann noch eine zweite oder eine dritte Professur. Das könnte der Kanton St.Gallen aber nicht alleine entscheiden, auch da müssten die ETH und die Empa mitmachen. Uns scheint, die Erwartungen an diese Professur seien so riesig, dass wir nicht sicher sind, ob diese wirklich jemand erfüllen kann – auch wenn das ein grosser Wunsch von uns wäre.

Wenn diese Erwartungen relativ rasch erfüllt werden sollen, darf es kein Nachwuchsprofessor sein, denn dann sind wir sicher kein Hotspot. Es muss eine Professorin oder ein Professor mit einer gewissen Ausstrahlung, mit einem gewissen Namen sein, der sich nicht zuerst noch zehn Jahre einarbeiten muss. In der Botschaft steht es richtig: Es hängt noch vieles von der Person ab, die sich dann bewerben wird. Wenn es uns gelingt, eine solche Person zu finden, die den Mut hat, in einer Grenzregion der Schweiz tätig zu sein, dann haben wir eine Chance. Wenn wir aber allenfalls eine Zweitausschreibung machen müssen, um dann einen Nachwuchsprofessor einzustellen, ist sehr viel weniger klar, was dessen Ausstrahlung bewirken wird.

Mit anderen Worten: Wir unterstützen die Vorlage mit einer gewissen Zurückhaltung. Wir brauchen durchaus nochmals gewisse Zusicherungen in der Kommission und in der Beratung im Rat. Eine Garantie ist natürlich nicht möglich, weil die Ausschreibung noch nicht stattgefunden haben wird. Aber denken Sie daran, dass diese zentrale Frage ganz entscheidend dafür ist, ob daraus ein Renner wird, oder ob es einfach irgendeine neue Professur wird. Die Möglichkeiten und die Vernetzungen sind gegeben, das sehen wir auch, das tut St.Gallen und der Ostschweiz sicherlich gut. Aber es ist nicht nur eine Zusammenfassung von Pluspunkten. Es gibt für unsere Seite doch gewisse kritische Fragen bzw. negative Aspekte, die eintreten könnten, wenn es nicht genauso läuft, wie vom Grossteil meiner Vorrednerinnen und Vorredner erwartet. Wir sind

keine Pessimisten, aber durchaus auch Realisten und werden einzelne Punkte im Rahmen der Spezialdiskussion aufnehmen.

Regierungsrat Tinner: Ich danke der Kommission für die wohlwollende Aufnahme. Zu Sailer-Wildhaus-Alt St.Johann: Es ist bekannt, dass wir keine Wohnsitzpflicht haben. Das ist ein Wunsch, den man deponieren kann. René Rossi hat es jetzt gehört. Dass diese Person auch noch Mundart oder zumindest Hochdeutsch sprechen sollte, nehmen wir ebenfalls auf. Schlussendlich – und da decken sich unsere Ansichten mit denjenigen von Güntzel-St.Gallen – wollen wir eine ausgezeichnete Professur haben. Wenn diese Person Englisch spricht, ist es eben so. Aber auch ich würde das gerne sehen. Für uns wirklich entscheidend ist aber, dass wir uns mit der Standortleitung und der Direktorin austauschen können – das ist unser Anspruch. Wenn wir am Schluss die Erwartung haben, dass jeder Professor die gleiche Sprache wie die Regierung spricht, wird es wahrscheinlich schwierig, diese Stellen zu besetzen. Zu den Hinweisen der SVP-Delegation: René Rossi und ich teilen die Einschätzung von Güntzel-St.Gallen: Es geht wohl eher in die Richtung einer Seniorprofessur. Als wir die Vorlage geschrieben haben, sind wir mit beiden Optionen eingestiegen. Im Laufe der Zeit hat sich aber gezeigt, dass es mit grosser Wahrscheinlichkeit in die Stossrichtung gehen wird, die Güntzel-St.Gallen nun gefordert hat. Zum Einbezug der Universität: Wir haben versucht, das aufzuzeigen. Ich setze mich mit meinen direkten Ansprechpersonen auseinander. Rektor Bernhard Ehrenzeller von der Universität St.Gallen war direkt involviert und hat sein Commitment klar kommuniziert. Ob andere Personen das anders sehen, kann ich nicht kontrollieren. Für mich zählen schlussendlich der Universitätsrat und der Rektor. Wir können also davon ausgehen, dass die Universität mitmachen wird. Zur Voll- oder Teiluniversität: Das ist eine andere Diskussion. Ich möchte dazu keine Überlegungen ausführen, da ich nicht Vorsteher des Bildungsdepartementes bin.

4 Spezialdiskussion

4.1 Beratung Botschaft

Zusammenfassung

Sailer-Wildhaus-Alt St.Johann: Es steht, dass die Lehrtätigkeit in erster Linie in Zürich und allenfalls in St.Gallen ausgerichtet werden soll. Wovon hängt dies ab? Laufen hier Verhandlungen hinsichtlich der neuen Leistungsvereinbarung mit der Universität? Können wir damit rechnen, dass vielleicht auch einmal eine Vorlesung in St.Gallen stattfindet?

René Rossi: Auch als Antwort an die SVP-Fraktion: Die Schulleitung der ETH ist sich bewusst, dass die Konstellation relativ komplex ist. Wir haben entschieden, dass wir die Komplexität nicht noch weiter erhöhen wollen, indem wir der neuen Person zusätzliche Bedingungen stellen – z.B., dass sie als Lehrperson sowohl in Zürich wie auch in St.Gallen arbeiten muss. Je mehr man unterrichten muss, desto weniger Forschung kann man betreiben. Damit die Person weltweiten Ruf erlangen kann, braucht sie Zeit für Forschung. Deshalb möchte sowohl die Schulleitung der ETH als auch die Direktion der Empa nicht von Anfang an zu viele Bedingungen an diese Professur knüpfen. Wenn es eine Vollprofessur wird, kann die Person wahrscheinlich relativ bald auch Lehrtätigkeiten in St.Gallen ausrichten – dies war unsere Überlegung. Wir sind offen für die Zusammenarbeit. Mit dem Joint-Medical Master arbeiten wir sehr eng zusammen. Ich habe auch den Professoren des Joint-Medical Masters gesagt, dass wir von der Empa auch bereit sind, Vorlesungen in St.Gallen zu halten.

Abschnitt 1.1 (Schwerpunktplanung der Regierung 2021-2031)

Güntzel-St.Gallen: Aus unserer Beurteilung stellt sich die Frage: Kann eine Professur – auch wenn sie gute Mitarbeitende oder vielleicht Assistenzprofessoren hat – das stemmen, was gemäss Bericht und der heutigen Präsentationen von ihr erwartet wird? Wenn es nicht ausreicht, wird es dann mit einem zweiten Lehrstuhl versucht? Das Geplante soll nicht in 10 oder 20 Jahren eintreten, sondern relativ bald. Ist das realistisch? Ist die Forschungszielsetzung machbar? Ich möchte verhindern, dass es dann sehr rasch heisst: Wir haben dem Ziel zugestimmt, nun müssen wir auch einer zweiten Professur zustimmen.

René Rossi: Die Professur kommt nicht in eine Wüste. Es gibt schon einige Professuren an unserem Standort. Nebst den drei Professuren am Gesundheitsdepartement haben wir Professuren am Umweltdepartement und dem Materialdepartement. Die Professur kommt bereits in ein gewisses Ökosystem und kann von diesen Netzwerken profitieren.

Die Professur kann auch eine Signalwirkung haben. Wir sind mit verschiedenen Stiftungen im Gespräch. Wenn wir hier mit dieser ETH-Professur am Standort in St.Gallen einen Nukleationspunkt setzen, mag es vielleicht für Stiftungen attraktiv sein, weitere Gelder zu sprechen. Auch die ETH kennt das Modell der Stiftungsprofessuren. Wir können keine Garantie abgeben, aber wir sind ein funktionierendes Team und der Kanton St.Gallen bekennt sich zum Standort. Regierungsrat Tinner hat es erwähnt: 2005 gab es beinahe ein «friendly takeover» durch die EPSL. Ohne die Regierung und die St.Galler Politik würde es für den St.Galler Empa Standort schlechter aussehen. Wenn der Kanton hier ein starkes Zeichen setzt, kann dies sehr viel in der Diskussion im ETH-Bereich bewirken.

Abschnitt 2.2 (Abschluss der Absichtserklärung)

Zschokke-Rapperswil-Jona: Die Absichtserklärung wurde bereits von allen Beteiligten unterschrieben. Wir haben keine Kenntnisse über den Inhalt und das müssen wir wahrscheinlich auch nicht haben. Mich würde es trotzdem interessieren, ob das im Einvernehmen abgelaufen ist? Oder hatten gewisse Institutionen in der Ausarbeitung der Finanzierung und der Gestaltung der beabsichtigten ETH-Professur das Gefühl, zu kurz zu kommen oder nachteilig behandelt zu werden?

Regierungsrat Tinner: Aufgrund der kurzen Beschreibung des Abschnitts kann davon ausgegangen werden – und ich kann das auch bestätigen – dass es in einem positiven Umfeld stattgefunden hat. Das Bildungsdepartement, das Gesundheitsdepartement und auch die Regierung mit drei Regierungsmitgliedern haben ein klares Signal ausgesendet, indem sie gegenüber der ETH gezeigt haben, wie wichtig ihnen diese Professur ist. Das war ein matchentscheidendes Element. Es gab weiter auch Akteure wie z.B. der in der Zwischenzeit pensionierte Prof. Dr. Detlef Günther, der die Entwicklung mit einem eher kritischen Blick beobachtet hat. Ich habe aber nach der ersten Sitzung gespürt, dass er dem Vorhaben durchaus positiv gegenübersteht, deshalb gab es keine Dissonanzen oder Schwierigkeiten. Wenn gewünscht, werden wir die Absichtserklärung⁵ dem Protokoll beilegen.

Kommissionspräsident: Wir bestätigen, dass diese beigelegt werden soll.

Abschnitt 3.1 (Empa – Standort St.Gallen)

Güntzel-St.Gallen: Aus unserer Sicht ist es eine klare Stärke, dass wir einen bestehenden Standort haben, an den die Professur angegliedert bzw. integriert werden kann und kein neuer Standort aufgebaut werden muss. Dies macht die Wahrscheinlichkeit der möglichen Schwächen kleiner.

⁵ Vgl. Beilage 4.

Abschnitt 3.3 (Joint-Medical Master und School of Medicine – Stärkung des Bildungsökosystems)

Schmid-St.Gallen: Wie ich den Joint-Medical Master bis jetzt verstanden habe, geht es dabei v.a. um die Ausbildung von Ärztinnen und Ärzten mit dem Fokus auf Personen, die Hausärzte werden möchten. Ich sehe nicht, wie die geplante Professur damit im Zusammenhang stehen soll. Oder ist geplant, innerhalb des Joint-Medical Masters mehr Forschung anzubieten?

René Rossi: Die Empa bietet den Medizinstudentinnen und -studenten bereits Masterarbeiten an. Diese Zusammenarbeit könnte man noch ausbauen. Zur Umsetzung betreffend Hausärztinnen und -ärzte: In der Überwachung über Telemedizin könnte man mit diesen Sensoren natürlich einen Beitrag leisten. Allenfalls könnte man die Patientinnen und Patienten remote mit den neusten Technologien überwachen, damit nebst dem Pflegepersonal kein zusätzliches medizinisches Personal direkt vor Ort sein müsste. Bei einem Notfall könnten über diese Technologien dann Massnahmen ergriffen werden. Für die Ausbildung dieser Hausärztinnen und -ärzte könnte dies einen guten Impact haben.

Güntzel-St.Gallen: Eine wesentliche Begründung für den Joint-Medical Master war es, Hausärztinnen und -ärzte in der Gegend zu behalten. Ich sehe mindestens eine gewisse Gefahr, dass irgendwann der nächste Schritt versucht wird, das KSSG in ein Universitätsspital umzuwandeln. Es stellt sich für mich dabei die nicht Frage, ob das aus medizinischer Sicht gut oder schlecht wäre. Als Sprecher der SVP-Fraktion habe ich im Rahmen der Spitaldiskussion aber einmal gesagt: Ich habe lieber das beste nichtuniversitäre Spital in St.Gallen als eines, das in der Liga der Universitätsspitäler kämpfen muss. Es ist mir bewusst, wir sprechen jetzt über die Schaffung einer zusätzlichen Professur. Man kann aber hier nicht einen einzelnen Punkt herausnehmen, als hätte dieser mit dem anderen nichts zu tun. Das ist miteinander verbunden. Ich hoffe, dass man mindestens auf der politischen Ebene den Mut hat zu sagen, dass dieser Schritt richtig ist. Das wird auch zu einer finanziellen Beurteilung führen, wenn der Schritt gemacht werden soll. Der Schritt, aus einem Spital ein Universitätsspital zu machen, ist meines Wissens sehr gross. Dort sprechen wir nicht von Fr. 500'000.– oder 15 Mio. Franken, sondern von anderen Beträgen. Aus diesem Grund habe ich auch den Joint-Medical Master angesprochen. Ich hatte dort kein Verständnis, aber ich muss nicht für alles Verständnis haben. Ihn hier zu erwähnen, ist richtig, aber eine Zusammenarbeit zu forcieren wäre aus meiner Sicht falsch.

Regierungsrat Tinner: Ich möchte mich nicht zu weit aus dem Fenster lehnen, aber zumindest einen Hinweis platzieren, damit mir später nicht unterstellt wird, ich hätte nichts dazu gesagt: Es werden zurzeit auf schweizerischer Ebene Überlegungen angestellt, wie die nichtuniversitären Spitäler bezeichnet werden sollen. Das Bildungs- sowie das Gesundheitsdepartement werden der Regierung irgendwann eine entsprechende Vorlage unterbreiten. Ob diese finanzielle Konsequenzen haben wird, kann ich nicht beurteilen. Ich kenne auch den Inhalt nicht. Hier arbeiten die beiden Departemente an gewissen Vorabklärungen.

Warzinek-Mels: Der Joint-Medical Master ist ein vollwertiges Medizinstudium am Standort St.Gallen. Man wird nicht zum Grundversorger oder Allgemeinmediziner während des Studiums, sondern danach. Wir verbinden mit dem Angebot die Hoffnung, dass die Studentinnen und Studenten auch ihre Praktika während des Studiums im Raum Ostschweiz absolvieren und dadurch hier erste Wurzeln schlagen, um dann in fünf, zehn oder fünfzehn Jahren als Ärztinnen und Ärzte und als niedergelassene Allgemeinmedizinerinnen und -mediziner hier zu praktizieren. Aus ärztlicher Sicht begrüsse ich es sehr, wenn dieses vollwertige Medizinstudium, das wir in St.Gallen anbieten, durch solche speziellen Professuren und solch spezielles Wissen ausgeschmückt wird. Das würde die Professur nicht schwächen. Im Gegenteil, es würde den Medizinstudienstandort St.Gallen stärken.

Lippuner-Grabs: Ich unterstütze die Aussagen von Warzinek-Mels. Die School of Medicine an der Universität St.Gallen betreibt bereits Forschung. Was genau, kann man nachlesen. Es ist der Versuch, die Medizin mit Kerndisziplinen in Wirtschaftsfragen zusammenzubringen. Ich schliesse mich an: Es ist sicher sinnvoll, diesen Master unter Abschnitt 3 «Aufbau auf bestehenden Stärken» zu erwähnen.

An dieser Stelle noch einmal der Hinweis: Sowohl das KSSG wie auch die Universität St.Gallen sind Gründungspartner des SIP Ost. Dies ist die stärkste Einbindung dieser zwei Institutionen. Es ist nicht die Idee, dass die Professur an der Universität St.Gallen gross Fuss fasst, es ist einfach eine Möglichkeit. Die wichtigste Einbindung ist über den SIP Ost. Die Universität St.Gallen und das KSSG mit der bestehenden Forschung sind starke Partner. Ich finde es absolut richtig und legitim, dass man den Joint-Medical Master und v.a. die School of Medicine mit bestehender Forschung hier erwähnt.

Abschnitt 4.1 (Thematische Inhalte und fachliche Anforderungen)

Warzinek-Mels: Vom politischen Inhalt zu etwas Medizinischem: Was genau ist Prä- und Rehabilitation? Als operativ tätiger Arzt würde mich ausserdem interessieren, was eine präoperative Komplikation ist?

René Rossi: Ich muss hier auch ein bisschen nachsagen, was ich von unseren Spitalpartnern gehört habe. Es gibt viele Patientinnen und Patienten mit Komorbidität. Diese sind vor einer Intervention stark geschwächt. Wenn diese operiert werden und schon stark geschwächt sind durch andere Erkrankungen, dann sind die Bedingungen für den Erfolg dieser Intervention nicht so gut. Deshalb versucht man, sie in der Prähabilitation auf einen guten Gesundheitszustand zu bringen, damit der Eingriff erfolgreicher sein wird. Die Rehabilitation erfolgt nach dem Eingriff, damit man möglichst schnell die Genesung erreicht.

Abschnitt 4.3 (Arbeitsstandorte)

Schmid-St.Gallen zum Umfeld: Wenn die Leute in St.Gallen wohnen sollen, brauchen sie eine Wohnung und auch die Partnerin oder der Partner braucht einen Job. Unterstützt die Empa die Leute bei der Wohnungs- und Jobsuche für Familienangehörige?

René Rossi: Auch das sind Rahmenbedingungen. Wir wollen den Neuzuzügern einen optimalen Start bieten. Wir helfen bei der Wohnungssuche, die Empa vermietet auch einzelne Zimmer und bietet diese ihren Angestellten als ersten Einstieg an. Auch für Partnerinnen und Partner können punktuell Lösungen gefunden werden, das ist immer situativ abhängig. Je nach Konstellation hilft man ihnen auch bei der Stellensuche.

Abschnitt 5.1 (Budget)

Freund-Eichberg zur Finanzierung: Von politischer Seite wird immer betont, dass man eigentlich nur Anschubfinanzierungen macht. Hier ist das nicht der Fall. Wenn es eine normale Finanzierung ist, habe ich mir überlegt – auch, weil Regierungsrat Tinner zu Beginn ausgeführt hat, dass wir unbedingt den Standort St.Gallen stärken wollen –, müsste man das eigentlich über die Standortförderung finanzieren. Wie soll man das dem Steuerzahler erklären, auch wenn es nur Fr. 500'000.– sind?

Regierungsrat Tinner: Mit der Sprechung dieses Kredits ist die Grundlage im Staatshaushalt gelegt, dass wir die jährlichen Auslagen von Fr. 500'000.– auslösen und finanzieren können. Wenn wir das über die Standortförderung machen müssten, hätte wir dort den Kredit erhöhen müssen. Sonst müssten wir an einem anderen Ort kürzen. Das Parlament hat im Rahmen der Beratung des Kantonsratsbeschlusses über das Mehrjahresprogramm der Standortförderung für die Jahre 2023 bis 2027 (28.22.01) definiert, was wir damit finanzieren dürfen und in welchem Teilbereich welche Mittel zur Verfügung stehen. Es handelt sich hier um einen zusätzlichen Finanzmittelbedarf, deshalb machen wir diese Kreditvorlage und ich bin überzeugt, dass dies auch notwendig ist. Wenn es zu neuen Ausgaben mit einer grösseren Tragweite kommt,

braucht es einen politischen Prozess. Unter Umständen kann es zu einem Referendum oder einer Volksabstimmung kommen, je nachdem wie hoch die Beträge ausfallen.

Steiner-Kaufmann-Gommiswald: Warum geht man zuerst über diesen Sonderkredit und schafft nicht von Anfang an eine gesetzliche Grundlage?

Regierungsrat Tinner: Diese Frage haben wir uns auch gestellt. Einerseits wollten wir aber zunächst sicherstellen, dass es überhaupt in die vorgesehene Richtung läuft. Es nützt nichts, wenn wir jetzt loslegen und nachher z.B. an einer Volksabstimmung scheitern. Wir wollen sicher sein, dass das Projekt gut vorankommt. Es kann auch sein, dass die angestellte Professorin oder der Professor nach drei oder sechs Jahren kündigt – aus welchem Grund auch immer. Dann ist die Ausgangslage wieder eine andere. Wir möchten zunächst Erfahrungen sammeln und haben uns deshalb für dieses Vorgehen entschieden. Man hat bei anderen Geschäften eine ähnliche Vorgehensweise gewählt, dass man zuerst eine Kreditvorlage gemacht hat und erst später die gesetzliche Grundlage. Wir haben diese Vorgehensweise mit Jan Scheffler, Leiter Recht und Legistik der Staatskanzlei (RELEG) abgeklärt, denn wir wollten sicher sein, dass die Vorgehensweise rechtlich standhält.

Fürer-Rapperswil-Jona: Auf S. 10 der Botschaft steht: «Zusätzlich zu den oben aufgeführten Kosten wird ein einmaliger Einrichtungskredit, dessen Höhe noch zu beziffern ist, notwendig.» Wer entrichtet den Einrichtungskredit und wie hoch fällt dieser aus?

Regierungsrat Tinner: Ich habe im Referat darauf hingewiesen, dass der Einrichtungskredit durch die Empa und die ETH finanziert wird. Der Kanton St.Gallen muss diesbezüglich keine weiteren Mittel zur Verfügung stellen.

Güntzel-St.Gallen zur Frage von Steiner-Kaufmann-Gommiswald: Die Fussnote 3 auf S. 11 der Botschaft ist etwas kompliziert formuliert. Wenn ich das richtig interpretiere, geht es darum, dass die ersten sechs Jahre anders finanziert werden, also nicht über eine obligatorische Volksabstimmung. Eine fakultative Volksabstimmung wäre bei diesem Geschäft möglich. Ich gehe davon aus, es handelt sich um eine Art Zwischenfinanzierung. Die Fussnote bezieht sich genau auf die Frage, die Steiner-Kaufmann-Gommiswald vorher aufgeworfen hat. Wenn von Anfang an die gesetzliche Grundlage geschaffen werden würde, gäbe es sicher eine obligatorische Volksabstimmung aufgrund der Kosten.

Regierungsrat Tinner: Genau, das ist deckungsgleich.

Abschnitt 6 (Langfristige Verankerung)

Warzinek-Mels zu René Rossi: Können Sie uns nochmals darlegen, wie das im akademischen oder universitären Bereich mit den Laufzeiten der Professuren üblicherweise gehandhabt wird? Als Laie könnte man denken, dass sich ein Forschungsfeld auch irgendwann einmal erschöpft oder sich vielleicht in eine völlig andere Richtung entwickelt und man irgendwann sagen könnte, der Auftrag sei erledigt. Offensichtlich läuft diese Professur so lange, wie die Professorin oder der Professor im erwerbstätigen Alter ist, erst dann wird neu entschieden.

René Rossi: Wenn eine Professur pensioniert wird, geht der Auftrag an das Departement, ein neues Thema bzw. eine neue Professur zu definieren. Die Ausstattung für die Professur ist ad personam. Die Professur hat das Budget bis zur Pensionierung. Es gibt keine zugesicherte Kontinuität des Themengebiets, damit das Departement, wenn man sieht, dass das Themengebiet einer Professur nicht mehr ganz aktuell ist, entscheiden kann, in welche Richtung man neu gehen möchte.

Güntzel-St.Gallen: Die formelle Einstellung der Professur erfolgt über die ETH, ist das korrekt?

René Rossi: Es soll eine Brückenprofessur ETH/Empa werden. Es gibt Verträge zwischen ETH, Empa und EPSL, bezüglich der Handhabung solcher Professuren. Die formelle Anstellung erfolgt über die ETH.

Abschnitt 7 (Finanzreferendum)

Freund-Eichberg zur Anstellung durch die ETH: Braucht man noch ein Konkordat oder eine Vereinbarung?

Regierungsrat Tinner: Eine interkantonale Vereinbarung wird dann abgeschlossen, wenn mehrere Kantone eine gemeinsame Aufgabe erfüllen. Dies ist hier nicht der Fall, wir unterstützen lediglich die Erschaffung dieser gemeinsamen ETH-/Empa-Professur mit einem Finanzierungsbeitrag. Allenfalls wäre das vielleicht der Fall gewesen, wenn der Kanton Thurgau und die beiden Appenzell zum Schluss gekommen wären, dass wir gemeinsam eine Professur schaffen sollten. Dann würden wir uns wohl immer noch in Diskussion befinden und es gäbe keine Vorlage zu beraten.

4.2 Beratung Beschluss

Kommissionspräsident: Die Spezialdiskussion wird nicht benützt.

Titel und Ingress

Kommissionspräsident: Titel und Ingress sind unbestritten.

4.3 Aufträge

Kommissionspräsident: Es werden keine Aufträge nach Art. 95 GeschKR gestellt.

4.4 Rückkommen

Kommissionspräsident: Ein Rückkommen wird nicht verlangt.

5 Gesamtabstimmung

Kommissionspräsident: Ich stelle fest, dass die Botschaft und der Entwurf der Regierung durchberaten sind. Wir kommen nun zur Gesamtabstimmung. Wer dem Kantonsrat Eintreten auf den «Kantonsratsbeschluss über den Sonderkredit zur Errichtung einer gemeinsamen ETH-Professur zu «Biosensing and Monitoring for Pre- and Rehabilitation» in St.Gallen» beantragen möchte, der bezeuge dies mit Handerheben.

Güntzel-St.Gallen: Ich möchte festhalten, dass wir in der Vorbesprechung keinen einheitlichen Beschluss zum Eintreten fassen konnten, da gewisse Fragen offen waren. Bei uns stimmt jeder so, wie er oder sie will.

Die vorberatende Kommission beschliesst in der Gesamtabstimmung mit 15:0 Stimmen, dem Kantonsrat Eintreten auf die bereinigte Vorlage zu beantragen.

6 Abschluss der Sitzung

6.1 Bestimmung des Berichterstatters

Der Kommissionspräsident stellt sich als Berichterstatter zur Verfügung. Die vorberatende Kommission beauftragt ihren Kommissionspräsidenten, dem Kantonsrat mündlich Bericht zu erstatten.

6.2 Medienorientierung

Die vorberatende Kommission beauftragt ihren Kommissionspräsidenten und die Geschäftsführerin, eine Medienmitteilung zu veröffentlichen und über das Ergebnis der Beratung zu informieren.

Regierungsrat Tinner: Ich empfehle, da es sich doch um ein sehr technisches Thema handelt, diese Medienmitteilung unter Einbezug von René Rossi und dem Departement zu verfassen. Dies als Angebot unsererseits.

Kommissionspräsident: Wir nehmen dieses Angebot gerne an

Der Kommissionspräsident weist nochmals auf das Kommissionsgeheimnis hin, das auch nach der Publikation der Medienmitteilung Geltung hat.

6.3 Verschiedenes

Kommissionspräsident: Ich bedanke mich für die aktive Mitarbeit und schliesse die Sitzung um 16.20 Uhr.

Der Kommissionspräsident:

Die Geschäftsführerin:

Andreas Broger
Mitglied des Kantonsrates

Leandra Cozzio
Parlamentsdienste

Beilagen

mit der Einladung bereits zugestellt:

1. 33.23.05 «Kantonsratsbeschluss über den Sonderkredit zur Errichtung einer gemeinsamen ETH-Professur zu «Biosensing and Monitoring for Pre- and Rehabilitation» in St.Gallen» (Botschaft und Entwurf der Regierung vom 15. August 2023); *mit dem Kantonsratsversand zugestellt*

Beilagen gemäss Protokoll:

2. Präsentation Empa; *bereits an der Sitzung verteilt*
3. Präsentation VD; *bereits an der Sitzung verteilt*
4. Absichtserklärung ETH-Professur
5. Antragsformular vom 18. Oktober 2023
6. Medienmitteilung vom 24. Oktober 2023

Geht (mit Beilagen) an

- Kommissionsmitglieder
- Geschäftsführung der Kommission
- Volkswirtschaftsdepartement (wie Seite 1)

Kopie (ohne Beilagen) an

- Fraktionspräsidentinnen und Fraktionspräsidenten
- Parlamentsdienste (Gs KR)